

Franz Grüter soll es für die SVP richten

Der Luzerner IT-Unternehmer nimmt in der Partei einen Knochenjob an, mit dem er sich kaum profilieren kann – warum bloss?

MICHAEL SURBER

SVP-Präsident will Franz Grüter nicht werden. Zu gross sei die Verpflichtung, zu zeitraubend das Amt. «Ich müsste zu viel in meinem Leben preisgeben», sagte der Luzerner SVP-Nationalrat noch Ende Januar in der «Luzerner Zeitung», als nebst der Parteileitung auch die Medien händeringend einen neuen SVP-Präsidenten suchten. Dann, Ende März, kam die Medienmitteilung der SVP, in der die Partei mitteilte, dass Albert Rösti notgedrungen bis auf weiteres im Amt bleiben wird, dass er dabei aber Unterstützung bekommt: «Nationalrat Franz Grüter wird künftig mit beratender Stimme an den Parteileitungsausschusssitzungen teilnehmen. Er unterstützt im Sinne eines Stabschefs die Arbeit des Präsidenten.» Aussergewöhnliche Zeiten schaffen bemerkenswerte Posten.

Stabschef Grüters zentrale Aufgabe wird es sein, die Partei im Hinblick auf die kommenden eidgenössischen Wahlen wieder auf die Siegesstrasse zurückzuführen. Bei den Wahlen 2019 gingen gewisse Sektionen regelrecht unter. Die Partei machte vielerorts einen desolaten Eindruck. Wichtiger Pfeiler in Grüters Pflichtenheft wird denn auch der Kontakt mit den verschiedenen Kantonssektionen sein. Die Zeiten seien gut, die eigenen Leute wieder zu motivieren, davon ist Grüter überzeugt: «Ich muss unseren Mitgliedern zeigen, dass eine Wende möglich ist, vor allem in der jetzigen Situation.» Den Job hat Grüter bereits angetreten, am Freitag war er bei den SVP-Mitgliedern im Wallis.

Dass er ausgerechnet diejenige Aufgabe übernimmt, die im Rahmen eines Präsidentenamtes eigentlich als Knochenjob gilt, überrascht. Die Pflege der Partei, das Wirken gegen innen, ist aufwendig und bringt wenig Chancen zur Profilierung. Weshalb tut sich Grüter, dem das Präsidentenamt nach eigenen Angaben ja anscheinend zu zeitraubend ist, diese Mehrbelastung an?

Historischer Erfolg in Luzern

Dass umgekehrt die Partei gerade den IT-Unternehmer Grüter mit dieser Aufgabe betraut, hat gute Gründe. Der 56-Jährige hat sich schon einmal als Aufbauer für die SVP erwiesen. Nachdem der Luzerner 2008 den Quereinstieg in die Politik gewagt hatte, wurde er 2012 Präsident der Luzerner Kantonalpartei. Drei Jahre später gewann die SVP bei den Kantons- und Nationalratswahlen klar und überholte bei den nationalen Wahlen erstmals in der Geschichte die sonst im Kanton tonangebende CVP. Für Grüter, der zusam-



Gilt als Macher und Schaffer, der gerne bei den Leuten ist: Franz Grüter. KARIN HOFER / NZZ

men mit fünf Geschwistern im luzernischen Ruswil aufgewachsen ist, war es ein denkwürdiger Tag. 1840 wurde im Gasthaus «Rössli» die «Ruswiler Erklärung» unterzeichnet, eine Art Gründungsurkunde der Katholisch-Konservativen Partei, der heutigen CVP.

Auch wenn 2015 schweizweit ein gutes Jahr war für die SVP, hatte Grüter ohne Zweifel wesentlichen Anteil am Grosseffort im eigenen Kanton. Die drei Jahre vor dem Superwahljahr 2015 hatte er dazu genutzt, die zerstrittene Partei auf Vordermann zu bringen. Ziel war es, in sämtlichen Gemeinden des Kantons eine Sektion zu unterhalten. Unter ihm wurden etliche neue Ortssektionen gegründet, sofern vor Ort geeignetes Personal vorhanden war, wie

Grüter sagt. In seiner zukünftigen Rolle wird es weniger darum gehen, neue Sektionen zu gründen, als darum, bestehende zu revitalisieren.

Grüter ist ein Macher, ein Schaffer, doch keiner, der im stillen Kämmerlein wirkt. Dafür hat der IT-Unternehmer zu viel Ehrgeiz, ist politisch zu ambitioniert. Einfach nur dem amtsüden Albert Rösti unter die Arme zu greifen, dürfte nicht Grüters Antrieb sein. Wobei Grüter bestreitet, dass Noch-Präsident Rösti eine «lame duck» sei: «Albert Rösti führt die Partei auch jetzt noch immer mit viel Elan und macht einen guten Job. Das hat gerade auch die vergangene Sondersession gezeigt.»

2015 trat Grüter von der operativen Leitung bei Green.ch zurück, um

sich ganz der Politik in Bern widmen zu können. Das IT-Unternehmen, das aus der Informatiksparte des Bauernverbandes hervorging, hatte Grüter 2008 zusammen mit ausländischen Investoren gekauft. Seither ist man auf Expansionskurs, erstellt Rechenzentrum um Rechenzentrum. «Ein weiteres ist in Planung, das Grundstück haben wir bereits gekauft.» Grüter ist noch immer Verwaltungsratspräsident. «Ich bin sicher stärker engagiert als ein normaler VRP», sagt Grüter, schliesslich stecke in der Firma viel Herzblut. Dies sei mit ein Grund, weshalb er auf eine Kandidatur fürs SVP-Präsidium verzichtet habe.

2017 gab er jenes der SVP Kanton Luzern ab. Wohl auch, um sich auf einen weiteren Karriereschritt vorzubereiten. Nach vier Jahren im Nationalrat wollte Grüter 2019 Luzerner Ständerat werden. Der Wahlkampf wurde generalstabsmässig aufgegleist. So ermittelte Grüter beispielsweise die wichtigsten

«Ich muss unseren Mitgliedern zeigen, dass eine Wende möglich ist, vor allem in der jetzigen Situation.»

Verkehrsknotenpunkte, Verkehrsachsen und Verkehrsfrequenzen im ganzen Kanton Luzern und buchte an diesen insgesamt 83 Plakatstellen. Im «Blick» war ein Foto von Grüter zu sehen, wie er vor einer Kantonskarte steht, wo die entsprechenden Standorte der Plakate eingezeichnet sind. Doch trotz minutiöser Planung und Wahlkampf samt Wahlkampfmobil scheiterte Grüter klar. Die CVP konnte mit Andrea Gmür ihren angestammten Sitz in der kleinen Kammer verteidigen.

Offizier unter Blocher

Es mag dieser Ausblick auf weitere vier Jahre als einfacher Nationalrat gewesen sein, der Grüter nun dazu bewog, sich stärker für die Partei zu engagieren. Dass er sich überhaupt für die SVP engagiert, hat indirekt mit dem SVP-Übervater Christoph Blocher zu tun. 1989 diente Grüter als Offizier im Luftschutz-Regiment 41 – das dann zum Oberst Blocher befähigte. Seit dieser Zeit verfolgt Grüter Blochers Politik. Als ihn dann die SVP seiner Wohn-gemeinde Eich für eine Gemeinderatskandidatur anfragte, trat Grüter 2008

der Partei bei. 2015, nachdem er eine historische Leistung vollbracht und die CVP in ihren Stammländern geschlagen hat, schickte er Christoph Blocher eine SMS: «Auftrag erfüllt.»

Im Nationalrat machte sich Grüter in seiner ersten Legislatur vor allem einen Namen als Gegner des E-Votings. Die Sache sei nicht ausgereift, zu unsicher. Er ist Präsident eines überparteilichen Initiativkomitees, das zumindest bis vor dem Corona-Lockdown Unterschriften für ein Moratorium für E-Voting-Lösungen sammelte. Doch schon zuvor weibelte er dafür, dass in der Schweiz auf absehbare Zeit keine Abstimmungen und Wahlen elektronisch über die Bühne gehen. 2017 organisierte Grüter beispielsweise eine schweizweite Vortragsreihe zum Thema. Diese führte ihn an einem Mittwochabend auch in das Biologiezimmer der Kantonsschule Glarus. Das Interesse war äusserst bescheiden, Grüter hielt den Vortrag vor nur gerade sechs Leuten. «Dies war sozusagen die Stunde null meines Engagements», sagt er rückblickend.

Stärker mitreden

Auch Grüter weiss, dass er, will er in der Politik weiterkommen, über das Thema E-Voting hinaus an Profil gewinnen muss: «Es ist klar, dass die IT-Themen mit meinem beruflichen Hintergrund immer ein Teil meiner politischen Arbeit sein werden.» Grüter amtiert als Vizepräsident von ICT Switzerland, dem Branchenverband der IT-Unternehmen. Aber natürlich stünden für ihn in der kommenden Legislatur noch andere Themen im Vordergrund: das Rahmenabkommen mit der EU, die herausfordernde Finanzpolitik sowie die Reform der Altersvorsorge.

Hier will Grüter stärker mitreden als noch in den vergangenen vier Jahren. Und er hat bereits damit begonnen. Als die SVP während des Lockdowns per Videokonferenz ihre Vorschläge zur Krisenbewältigung vorstellte, war Grüter zusammen mit den anderen Führungsfiguren der Partei dabei. Seit kurzem ist er Vizepräsident der Bundeshausfraktion. Sein Engagement als Stabschef dürfte ihn zudem noch besser in der Partei verankern: «Ich bin jemand, der gerne draussen bei den Leuten ist. Das hat mir immer schon zugesagt.» Das wären eigentlich gute Voraussetzungen für die Übernahme des Parteipräsidiums. Dann müsste Grüter aber bei Green.ch kürzer treten. Dazu ist er nicht bereit. Vermutlich gäbe es da aber ein Amt, welches den Trennungsschmerz etwas erträglicher machen würde. Die Zentralschweiz wartet schon länger auf einen Bundesrat.

Zeitungsverbot im Bistrot treibt Verlage in Richtung Abgrund

Aus Hygienegründen darf im Restaurant nichts geteilt werden – Herausgeber von ohnehin gebeutelten Printmedien befürchten den «Gnadenstoss»

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Seit Montag dürfen die Beizen hierzulande wieder öffnen. In kaum einem Betrieb sieht es aber wie zuvor aus: Zwischen den Tischen gibt es viel Leerraum, das Personal trägt teilweise Schutzkleidung, die Gäste sind gebeten, ihre Koordinaten zu hinterlegen. Ein anderer Umstand wurde im Vorfeld der vieldiskutierten Öffnungswelle indes kaum beachtet: Zeitungen und Zeitschriften dürfen derzeit keine aufliegen. Gemäss dem zwischen Branche und Bund vereinbarten Schutzkonzept müssen Gastbetriebe auf «Gegenstände verzichten, die von mehreren Gästen geteilt werden».

Mancher Stammgast, der sich bisher zum Kaffee einen kostenlosen Blick in die Zeitungen auswärts gegönnt hat, könnte nun vergrault werden. Das Verbot hat aber auch Konsequenzen für das andere Ende der Nahrungskette – die Verlage, die aufgrund des massiven Inseraterückgangs ohnehin schon schwer von der

Corona-Krise gezeichnet sind. Es könnte sie nicht nur Leser und damit Attraktivität im Werbemarkt, sondern auch Abonnemente kosten. Denn welcher Restaurateur zahlt schon für ein Produkt, das er gar nicht verwenden kann?

Gilt auch für Coiffeur und Arzt

Patrick Vallélian, Direktor des Westschweizer Verlags Sept.ch, versteckt seinen Unmut jedenfalls nicht: «Wenn das nicht der Gnadenstoss ist, so kommt es diesem furchtbar nahe», leitet er ein Communiqué ein, das er dieser Tage verschickt hat. Wie alle weiteren Print-erzeugnisse dürfen auch die Produkte seines Verlags, der sich auf Langsamjournalismus spezialisiert hat, derzeit nicht öffentlich aufliegen – also auch zum Beispiel beim Coiffeur oder im Wartezimmer der Arztpraxis nicht. Für Vallélian fehlt eine wissenschaftliche Grundlage für die Massnahme, zudem sei sie ohne Rücksprache mit der Medienbranche ge-

fällt worden. Besonders absurd sei, dass das Verbot nur wenige Tage nach dem Beschluss des Parlaments, ein umfangreiches Hilfspaket für die Printmedien zu schnüren, in Kraft getreten sei.

Dass die Sorgen von kleineren und mittleren Verlagen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt sich in der Westschweiz bereits vereinzelt. Vor knapp zwei Wochen – und ausgerechnet am Tag des 25-Jahre-Jubiläums – musste die Waadtländer Wochenzeitung «Le Régional» ihre Bilanz deponieren. Das Regionalblatt stand schon vorher auf unsicheren Füßen, die Corona-Krise hat es nun aber «endgültig zu Boden geworfen», wie die Chefredaktorin sagte.

Für ein anderes Printprodukt, die Wochenzeitung «Micro», sieht es nicht viel besser aus. Vor eineinhalb Jahren starteten ehemalige Redaktoren der eingestellten Boulevardzeitung «Le Matin» voller Elan – und mit einem bis dahin wenig bekannten Konzept: Sie wollten fast ausschliesslich von Lesern im öffent-

lichen Raum, insbesondere in Restaurants und Bars, konsumiert werden (schon «Le Matin» war eine klassische Bistrot-Zeitung). Mittels Crowdfunding war schnell genug Geld für die Startphase zusammen, und noch im Februar dieses Jahres verkündete «Micro», der Betrieb sei für ein weiteres Jahr gesichert.

«Une super aventure»

Doch dann kam die Corona-Pandemie und warf fast alles über den Haufen: Eine bereits gedruckte Ausgabe konnte Mitte März nicht an die Kaffeehäuser geschickt werden, weil diese behördlich geschlossen wurden. Fast schlimmer noch: Am gleichen Tag, an dem der Bundesrat den Lockdown verkündete, flatterte vielen Restaurateuren die Rechnung für die Abonnementsverlängerung ins Haus. Nur wenige haben diese seither beglichen. «Wir können selbstverständlich nachvollziehen, dass sich Betriebe in einer Situation, in der sie selbst in existenziellen Nöten stecken, kein neues Zeitungsabo leisten – auch wenn es für uns bitter ist», sagt Chefredaktor Fabien Feissli. Hinzu kommt, dass «Micro» seit nunmehr zwei Monaten nicht mehr erscheinen konnte – nicht nur, weil in den Restaurants keine Leser mehr verweilten, sondern auch, weil die Journalisten für jede Geschichte die Schaulötze persönlich aufsuchten, was in Lockdown-Zeiten naturgemäss schwierig war.

Doch noch ist nicht aller Tage Abend. «Micro», dessen Redaktionsteam kaum festangestellte, aber zahlreiche freie Mitarbeiter aufweist, gibt sich bis Anfang Sommer Zeit, um allenfalls noch private Geldgeber zu finden. Sollte es – was für die Redaktion zu befürchten ist – nicht klappen, bricht für Feissli und sein Team keine Welt zusammen. Man habe von Anfang an gewusst, dass die Herausforderung in einer kriselnden Branche gross sei. Wie auch immer es komme, es sei «une super aventure», ein grossartiges Abenteuer, gewesen, schliesst er.